

STADT & LAND



Freisprechungsfeier

Frischgebackene Gesellen wurden im Wartenberg-Oval freigesprochen, die Besten geehrt.

► Seite 18



GUTEN MORGEN

Stehplätze

Liebe Leserinnen und Leser. Im englischen Parlament geht es richtig ab. Beifall und Zwischenrufe sind laut und spontan. Die Atmosphäre wird noch dadurch aufgeladen, dass es in dem kleinen und bescheiden in Grün gehaltenen Sitzungsraum nur 427 Sitzplätze für die 650 Abgeordneten gibt und die zu spät Kommenden am Eingang stehen bleiben müssen. Die Regierungspartei und die Opposition sitzen sich auf aufsteigenden Bänken gegenüber. Im Mittelgang zwischen ihnen zeigen zwei rote Linien im Abstand von zwei Schwertlängen den Bereich an, den Abgeordnete während einer Sitzung nicht betreten dürfen. Vor dem Stuhl des Parlamentsvorsitzenden am Kopfende des Ganges steht der Tisch mit dem Streitkolben, der bei hitzigen Debatten schon manchmal geschwungen wurde. Wenn der Speaker den nächsten Redner aufruft, springen alle, die sich gemeldet haben, auf und müssen sich bis auf einen wieder setzen und manchmal stundenlang warten. Da die Abgeordneten frei sprechen und ihre Rede nicht ablesen sollen, rufen die anderen unbarmherzig dazwischen: „Der liest ab“.

Euer Strolch

Vorsorgetag in Alsfeld

ALSFELD (red). Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, vertreten durch seinen Kreisvorsitzenden Manfred Görig, lädt alle Bürger zum ersten Alsfelder Vorsorgetag ein. Die Veranstaltung findet am Montag, 16. September, im Regionalmuseum Alsfeld statt. Einen fundierten Überblick zum Thema gibt der Rechtsanwalt und Notar Tobias Schul aus Lauterbach in mehreren Vorträgen ab 14.10 Uhr.

Weitere Informationen gibt es von den Ausstellern im Foyer des Regionalmuseums. Dazu gehören der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, die Betreuungsbehörde im Landkreis Vogelsberg, der Pflegestützpunkt im Landkreis Vogelsberg sowie der Hospizverein Alsfeld.

Die Teilnahme an den Vorträgen ist kostenlos. Da das Interesse an diesem Thema groß ist, wird um Anmeldung beim Landesverband Hessen des Volksbundes unter ☎ 069/944907-0 gebeten.

ROMAN/RÄTSEL

Den Roman und das Rätsel finden Sie auf ► Seite 16

SUDOKU



► Seite 17

REDAKTION

E-Mail
redaktion@lauterbacher-anzeiger.de
sport@lauterbacher-anzeiger.de

Telefon
Claudia Kempf (cke), Leitung 06641/6466-22
Bertram Lenz (bl) -23
Tina Vonderheid (ti) -24
Folko Damm (dam) Sport -25
Annika Rausch (ar) -26

Telefax 06641/6466-65

Zeitung online:
www.lauterbacher-anzeiger.de



Begrüßung vor dem „Posthotel Johannesberg“: Landtagskandidat Swen Bastian, SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, der Gießener SPD-Bundestagsabgeordnete Rüdiger Veit und Bundestagskandidatin Birgit Kömpel (von links). Foto: Lenz

„Es ist wichtig, dass man gewinnen will“

BESUCH SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles gestern Abend in Lauterbach

LAUTERBACH (bl). Der Wahlkampf befindet sich in seiner heißen Phase, und so vergeht kaum ein Tag, an dem Politiker nicht in der Vogelsbergregion vorbeischaufen. In Lauterbach war am gestrigen Dienstagabend hoher Besuch aus Berlin angesagt, denn die Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles, war in das „Posthotel Johannesberg“ gekommen. Im Vordergrund sollte das Gespräch mit den Bürgern stehen. Die Bundespolitikerin wurde begleitet von Bundestagskandidatin Birgit Kömpel und von Swen Bastian, Vorsitzender der SPD Vogelsberg und Kandidat für den hessischen Landtag. Beide gaben eingangs ihre Statements zur Bundes- und Landespolitik ab.

Der Termin hatte ursprünglich auf dem Berliner Platz am Hohhaus stattfinden sollen, war aber wegen der ungünstigen Wettervorhersagen „unter Dach“ verlegt worden. Letztlich hatten sich gut 60 Interessierte (darunter auch SPD-Kommunalpolitiker wie Lauterbachs Stadtrat und Ortsvereinsvorsitzender Gerhard Fatum und Bürgermeisterkandidat Dirk Kurzawa) eingefunden, die nach einleitenden Statements viele interessierte Fragen und

auch Anregungen an Nahles hatten. Die übermittelte übrigens herzliche Grüße vom SPD-Gesundheitsexperten Professor Dr. Karl Lauterbach, dem sie gesagt hatte, dass sie am Abend in dem gleichnamigen Ort im Vogelsberg sein würde. „Nichts geht über persönliche Kontakte“, betonte Nahles und verwies auf den „Tür-zu-Tür“-Wahlkampf, mit dem die SPD besonders in Gegenden mit skeptischen und unentschlossenen Wählern versuche, diese zu einem Urnengang zu bewegen. „Bislang haben wir drei Millionen Menschen erreichen können, unser Ziel sind fünf Millionen“, so die SPD-Frau, die es bedauerte, dass es viel zu viele Nichtwähler gebe. „Dabei sollten wir das Wahlrecht als Geschenk, als ein Privileg begreifen“, betonte sie.

Darauf angesprochen, dass es „schade ist, dass die SPD Machtoptionen ausgeschossen hat und so einen möglichen Wechsel in Berlin verschenkt“, formulierte Nahles: „Ich glaube, jeder Tag zählt und es ist wichtig, dass man gewinnen will.“ Ihrer Ansicht nach solle das Gerede von einer möglichen rot-grünen Regierung nur dazu dienen, die Wähler der Union zu mobilisieren.

„Denn die CDU hat ein Mobilisierungsproblem“, so die Bundespolitikerin, die der Bundesregierung, und hier besonders Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), vorwarf, auf sehr vielen Feldern im Wahlkampf reinen „Etikettenschwund“ zu betreiben. Als Beispiel nannte sie unter anderem die Ankündigung, eine „Mütterrente“ einführen zu wollen, ohne darzulegen, wie diese finanziert werden solle, oder auch das Hin und Her um eine Einführung der Pkw-Maut. Wenn der Solidaritätszuschlag 2019 auslaufe, werde man sich dafür einsetzen, dass es einen Strukturfonds für Deutschland geben solle, und zwar für solche Kommunen, „die keinen Haushaltsspielraum mehr haben“. Zuvor solle eine Strukturanalyse den Bedarf aufzeigen.

Abschließend bekam Nahles von Swen Bastian einen Linolschnitt des Wartenbergers Andreas Schmelzer, der Willy Brandt zeigt, und von Birgit Kömpel ein Glas selbstgemachter Rosenmarmelade. Der Gießener SPD-Bundestagsabgeordnete Rüdiger Veit überreichte ihr ein Strolch-T-Shirt für ihre Tochter Ella mit der Strolch-Geschichte im Pixi-Format zum Vorlesen.

„Deutliche Antwort aller Demokraten“

KREISTAG Resolution auf Wahlplakate der NPD / Initiative zur CleverCard

LAUTERBACH (bl). Viele Menschen sind erbost über die Wahlplakate der NPD. Einhellig hat der Vogelsberger Kreistag bei seiner Sitzung am Montag „auf das Schärfste die menschenverachtenden und diskriminierenden Aussagen“ verurteilt (der LA berichtete bereits kurz). Wie Eva Goldbach (Grüne) zur Begründung einer von SPD, Bündnisgrünen und Freien Wählern initiierten Resolution sagte, würden „auf übelste Weise“ ausländische Mitbürger, Sinti und Roma beleidigt. Goldbach: „Viele Bürger erwarten, dass wir etwas tun“. Alle demokratischen Parteien sollten ein klares Zeichen setzen.

Mit Mehrheit abgelehnt wurde ein Ergänzungsantrag der Linken, den Michael Riese formulierte: Danach sollten zugleich die Bürgermeister des Kreises aufgefordert werden zu prüfen, ob die NPD-Plakate wegen volksverhetzenden Inhalts abgehängt werden könnten. Für die CDU wies Dr. Jens Michak auf die „großen rechtlichen Probleme“ hin, die ein solches Vorge-

hen mit sich bringe. Das Risiko sei sehr hoch, vor Gericht zu scheitern, zumal der Zeitraum zu knapp sei, den Verdacht auf Volksverhetzung zu prüfen. Nichtsdestotrotz erforderten die Plakate eine „deutliche Antwort aller Demokraten“.

Urteil des VG Kassel

Die Städte Bad Hersfeld und Hanau hatten alle Plakate der NPD im Stadtgebiet abhängen lassen, weil sie in den Slogans die Straftat der Volksverhetzung verwirklicht sahen. Dagegen wandte sich die NPD per Eilantrag an das Verwaltungsgericht Kassel (VG), und zwar erfolgreich, wie das Gericht jetzt in einer Pressemitteilung erklärte: Beide Städte müssen alle NPD-Plakate unverzüglich wieder aufhängen. Mit dem Beschluss stellte die vierte Kammer des VG klar, dass nach ihrer Auffassung keine Volksverhetzung vorliege, sondern der Plakatinhalt vom Recht

auf Meinungsfreiheit legitimiert sei.

Als erster Vorsitzender des Kinder- und Jugendparlamentes im Vogelsbergkreis formulierte Jann-Louis Hau eine Initiative, die eine längere Diskussion nach sich zog: Hau hatte gefordert, „die CleverCard solle für alle mit Wohnsitz im Vogelsbergkreis bis zum Bildungsabschluss“ gelten. Besonders betont worden waren Aspekte wie Chancengleichheit, demographischer Wandel, Mobilität und Ökologie. Der Vogelsbergkreis könnte in puncto Schülerbeförderung eine Vorreiterfunktion übernehmen, so Hau.

Zunächst brachte Michael Ruhl von der CDU dem Ansinnen „Sympathie“ entgegen, sprach sich aber dafür aus, den Antrag an den Verkehrsausschuss zu überweisen – was im Endeffekt auch mit einstimmigem Votum geschah. Zuvor hatte Matthias Weitzel (SPD) die finanziellen Aspekte ins Spiel gebracht, die Landrat Manfred Görig ergänzte: Danach würde eine Ausweitung der CleverCard Mehrkosten von rund 1,9

Millionen Euro nach sich ziehen, und dies vor dem Hintergrund, dass der Kreis unter den Schutzschirm des Landes geschlüpft sei. Zu den vier Millionen Euro, die man für die Schülerbeförderung aufbringen müsse, komme noch eine Million für die Verkehrs-gesellschaft Oberhessen (VGO). Dennoch sei die Initiative eine Debatte wert. Ulrich Künz (CDU) billigte Görig „ein Stück Ehrlichkeit“ zu, da dieser auf die finanziellen Seite hingewiesen habe. Dennoch gelte es, die guten Anregungen in die Tat umzusetzen. Laut Lothar Bott (Freie Wähler) ist die VGO gefordert, „interessante Alternativen bei entsprechender Eigenbeteiligung anzubieten“.

Ohne Aussprache wurde ein CDU-Antrag akzeptiert, wonach der Kreisausschuss in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Jugend, Gesundheit und Soziales darüber berichten soll, was aus dem Programm geworden ist, mit dem das Koma-Saufen Jugendlicher bekämpft werden soll.

KOMMENTAR

Eigentor

Über die Wirksamkeit einer Resolution kann man geteilter Meinung sein. Dass sie jedoch ein geeignetes Mittel ist, um das Augenmerk der Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Thema zu lenken, dürfte unbestritten sein. Besonders dann, wenn ein solches überparteiliches Signal von einem Gremium wie dem Kreistag ausgeht. Insofern ist es höchst bedauerlich, dass eine Resolution zur geplanten Verlagerung der Alsa GmbH in Uerzell nach Görnitz bei der jüngsten Sitzung des Vogelsberger Kreistages noch nicht einmal auf die Tagesordnung gekommen ist, weil die notwendige Zweidrittel-Mehrheit nicht zustande kam.

Dass letztendlich doch darüber ausgiebig debattiert wurde, ist dem taktischen Schachzug von Landrat Manfred Görig zu verdanken, der die Thematik einfach als zusätzlichen Punkt seines „Berichtes aus dem Kreisausschuss“ aufnahm – wohl wissend, dass er damit die (nötige) Diskussion in Gang setzen würde.

Denjenigen, die durch ihr Votum verhindert hatten, dass die von SPD, Bündnisgrünen und Freien Wählern initiierte Resolution behandelt werden konnte, dürfte hoffentlich bewusst geworden sein, welches Eigentor sie da geschossen haben. Denn die Eilbedürftigkeit einer Sache zu verneinen, an der 261 Arbeitsplätze hängen, wie es CDU-Chef Dr. Hans Heuser getan hat, wird dem Ganzen nicht gerecht. Und auch der Hinweis, die Alsa GmbH sei in einem Nachbarkreis angesiedelt, klingt angesichts von 60 Betroffenen aus dem Vogelsbergkreis sehr unglücklich. Zumal nicht vergessen werden darf, dass mit jedem Arbeitsplatz auch Familien verknüpft sind. Heusers Verweis auf das insolvente Lauterbacher Unternehmen Bustourist ist zwar richtig, klang aber zu sehr bemüht.

Dem Freiensteinauer Bürgermeister Friedel Kopp, in dessen Gemeindegebiet viele der bei der Alsa GmbH Beschäftigten zu Hause sind, ist uneingeschränkt zuzustimmen, weil er angesichts der nicht behandelten Resolution die Frage „Ist das noch Politik für die Bürger?“ formulierte. Zumal der Kreistag Main-Kinzig, der am Freitag zusammentritt, in dieser Frage ein anderes Bild abgeben dürfte als der Vogelsbergkreis. Was in der Öffentlichkeit und bei den Betroffenen ungleich besser ankommen wird. Denn Wahlkampf hin oder her: Aktuelle Entwicklungen erfordern schnelles und geschlossenes Handeln und keine parteitaktischen Spiele. Dass es auch anders gehen kann, zeigt der Umgang mit den NPD-Wahlplakaten, deren diskriminierende Aussagen das Vogelsbergkreis-Parlament einhellig verurteilte und darüber wohlwollend unaufgeregt debattierte.

Bertram Lenz